

## **NIEDERSCHRIFT Nr.: 10/L**

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
- öffentlicher Teil -

**am 11.05.2016, um 16.00 Uhr**

10. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 17.30 Uhr

---

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Martin Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen  
Herrn Jens Crueger  
Frau Sülmez Dogan  
Herr Björn Fecker  
Frau Susanne Grobien  
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)  
Herr Andreas Kottisch  
Herr Sascha Lucht  
Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner  
Herr Klaus-Rainer Rupp  
Herr Christian Schäfer  
Herr Uwe Schmidt  
Herr Elias Tsartilidis

Von der Verwaltung

Herr Cordßen	Herr Pochciol
Frau Jansen	Herr Poppinga
Frau Jansen	Herr Sengstake
Herr Krämer	Herr Slopinski
Frau Kretschmer	Frau Stellmacher
Herr Dr. Kühling	Herr Wiebe
Frau Niestädt	

Gäste

Herr Howe (bremenports)  
Frau Geber (WFB)

**Abg. Kastendiek** eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 9/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 06.04.2016**

**Beschluss:**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

**An die Deputation**

**TOP 2 Jobcenter Bremen: Wichtige Ergebnisse der Trägerversammlung vom 18.04.2016**

Vorlage Nr. 19/152-L/S

Der **Abg. Kastendiek** begrüßt die neue Geschäftsführerin des Jobcenters Bremen, Frau Susanne Ahlers. Er weist daraufhin, dass die städtische Vorlage 19/152-S „Jobcenter Bremen: Wichtige Ergebnisse der Trägerversammlung vom 18.04.2016“ aufgrund der Vorstellung der neuen Geschäftsführerin in die staatliche Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgezogen werde.

**Frau Ahlers** bedankt sich für die Einladung und erläutert kurz Ihren bisherigen Lebenslauf. Sie habe bisher bereits schon einige Akteure und Akteurinnen im Land Bremen kennengelernt und sieht künftige Schwerpunkte ihrer Arbeit u.a. in den Bereichen „Integration von Flüchtlingen“, „Ausbildung von Jugendlichen“, „Alleinerziehende“ und „Langzeitarbeitslosigkeit“. Sie sehe eine der Aufgaben des Jobcenter Bremens darin, weiterhin passgenaue Angebote für die Kunden anzubieten um eine gute Integration in Arbeit zu ermöglichen. Sie freue sich auf die künftige Zusammenarbeit.

**Abg. Frau Bergmann** erkundigt sich, was Werksakademien dem Kunden bieten und wie der weitere Verlauf geplant sei, um Kontakt mit der realen Arbeitswelt für diese Kunden herstellen zu können.

**Abg. Frau Böschen** wirft die Frage auf, wie sich die in der Vorlage aufgeführte Situation, dass im letzten Jahr eine gute Auslastung des Budgets erfolgen konnte, dieses Jahr darstelle. Es konnte zeitnah nicht genug Personal akquiriert werden. Wie stelle sich perspektivisch die Situation dieses Jahr dar?

**Abg. Rupp** bittet um kurze Erläuterung, was unter dem Begriff Werksakademien zu verstehen sei und wer die entsprechenden Träger seien. Er regt an, dass die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen an dem Prozess der Planung, für welche Maßnahmen Geld ausgeben wird, beteiligt werde.

**Frau Ahlers** führt aus, dass die Werksakademien ein individuelles Angebot seien, bei dem Kunden gecoachert würden, um ihrer jeweiligen Stärken festzustellen. Es solle festgestellt werden, was die besten Möglichkeiten für sie seien, angemessen an dem, was sie bereits mitbringen an Erfahrung. Es sei eine gemeinsame praktische Arbeit, aber auch auf die entsprechenden Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten. In anderen Städten, sei die Durchführung von Werksakademien von den Kunden sehr gut aufgenommen worden. Durchgeführt würden diese Werksakademien von verschiedenen Trägern. Auf Nachfrage erklärt **Frau Ahlers**, Arbeitnehmer, die arbeitslos würden, beziehen das ALG I und seien daher keine Kunden der Jobcenter bzw. der Werksakademien. Es gäbe leider immer einen engen Rahmen bzw. Vorgaben, in welchem entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden könnten.

Bezüglich der möglichen Auslastung des Eingliederungstitels bestätigt **Frau Ahlers**, dass es aufgrund der gestiegenen Mittel im EGT und der noch nicht vollständig besetzten zusätzlichen Stellen für die Integration von Flüchtlingen schwierig werden würde, die EGT-Mittel vollständig auszuschöpfen. Sie versichere aber, dass sie alles daran setzen würde eine möglichst hohe Auslastung sicherzustellen. Innerhalb des Jobcenters habe sie eine Arbeitsgruppe mit Beschäftigten unterschiedlicher Hierarchiegruppen gegründet, die die Geschäftsführung des Jobcenters bei der Konzeption von Maßnahmen unterstützen solle.

Zu den Werksakademien erläutert **Frau Ahlers** auf Nachfrage der **Abg. Frau Böschen**, dass der praktische Teil nur innerhalb der Werksakademien erfolge und nicht in Unternehmen.

### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 3 Fortsetzung der Ausbildungsgarantie in der haushaltslosen Zeit - Bereitstellung von Landesmitteln für die Jahre 2016 - 2021**

Vorlage Nr. 19/138-L

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Böschen** erklärt **Frau Jansen**, dass im Bereich des Gesundheitssektors bereits Kontakt mit der Senatorin für Gesundheit aufgenommen worden sei, um möglicherweise das bereits vorhandene Angebot an Ausbildungsplätzen im Gesundheitsbereich noch weiter aufstocken zu können. Zu der Frage, wie viele junge Menschen nach dem 1. Ausbildungsjahr in der Schule einen Platz in Betrieben gefunden habe, könnten die genauen Zahlen als Anhang zum Protokoll nachgereicht werden. Zur Neukonzeption der Netzwerke für die Unterstützung von Betrieben gäbe es noch keine genaue Planung.

**Dep. Dr. Redder** weist darauf hin, dass trotz aller bisher erfolgten Maßnahmen immer noch viele Jugendliche keine Ausbildung beginnen oder diese oft abgebrochen werde. Hier müsse bereits schon während Schulausbildung verstärkt angesetzt werden, um Jugendliche auf Vorstellungsgespräche und Einstellungstest vorzubereiten.

**Abg. Fecker** erklärt, dass auch Ausbildungen in Assistenzberufen im Bereich der Gesundheit notwendig seien um überhaupt jungen Menschen mit Hauptschulabschluss, gerade auch Mädchen, eine Ausbildung zu ermöglichen.

**Senator Günthner** führt aus, dass die Bildung der Jugendberufsagentur sowie die Schaffung der Ausbildungsgarantie sehr ambitionierte Ziele seien. Man habe sich mit den Kooperationspartnern darauf verständigt zu probieren, was möglich sei und daraus zu lernen. Das wesentliche Ziel sei es, den Verbleib der jungen Leute nach der Schule nachzuverfolgen, ob sie etwa eine Ausbildung beginnen oder ins Ausland gehen würden. All dies sei wichtig um zu vermeiden, dass diese jungen Menschen nicht später wieder als Arbeitslose registriert würden. Zudem müsse auch der Ausbildungsmarkt differenziert beobachtet werden, hier gäbe es immer wieder unterschiedliche Anforderungen. Im Bereich des Gesundheitssektors wird auch oft die Ausbildung in der Krankenpflege als Einstieg genutzt, um später noch ein Medizinstudium zu beginnen.

**Abg. Frau Bösch** merkt an, dass oft als Eingangsvoraussetzung für die Ausbildung in einem Pflegeberuf das Abitur vorausgesetzt werde. Hier sei aber auch ein mittlerer Schulabschluss ausreichend.

**Dep. Dr. Redder** führt an, dass in seinem Unternehmen die Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz aus dem niedersächsischen Umland bereits im September des Vorjahres des Ausbildungsbeginns eingehen. Bewerbungen aus Bremen gingen hingegen erst ab dem Monat Februar/März des Ausbildungsjahres ein. Hier müsse auch über die Schule die rechtzeitige Bewerbung um einen Ausbildungsplatz stärker begleitet werden.

### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zu und gibt im Unterfonds C1 des BAP die benötigten Landesmittel entsprechend der oben ausgeführten Jahresbedarfe für die Fortsetzung der Ausbildungsgarantie inklusive der Umsetzungskosten frei.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, über die Senatorin für Finanzen den Haushalts- und Finanzausschuss zur Freigabe von Mitteln für das Jahr 2016 in Höhe von 1.178.391 Euro zu befassen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirt-

schaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen den Haushaltshalts- und Finanzausschuss zum Eingehen einer Verpflichtung i.H.v. 8.147.191 Euro (davon 7.376.670 Euro Fördermittel und 770.521 Euro Personalmittel) zu befassen. Die Abdeckung dieser VE erfolgt im Rahmen der zukünftigen Anschläge i.H.v. 3.351.713 Euro im Jahr 2017, 2.829.243 Euro im Jahr 2018, 1.655.143 Euro im Jahr 2019 und 311.092 Euro im Jahr 2020.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der FDP und Enthaltung der Stimmen der Fraktion der CDU sowie des Vertreters der ALFA-Gruppe-Bremen.

#### **TOP 4 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP): Fördervorschläge - Auswertung des Staffelf Verfahrens zum 1.3.2016**

Vorlage Nr. 19/148-L

Auf die Nachfrage der **Abg. Frau Bergmann**, wie bei dem auf Seite 2 der Vorlage dargestellten Träger WaBeQ Beratungskosten von im Schnitt 1.400 Euro zusammen kämen, erläutert **Frau Jansen**, es handele sich um eine Folgemaßnahme und die Höhe der Kosten seien bei der ersten Maßnahmen in einem wettbewerblichen Verfahren gemeinsam mit der Regionaldirektion Hannover ermittelt worden. Hierbei handele sich zudem in der Regel nicht um einen einmaligen Termin für eine Beratungsleistung sondern um einen Beratungsprozess, der eine ganze Reihe von Beratungsleistungen beinhalte.

#### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Ergebnisse des Staffelf Verfahrens zum 01.03.2016 zur Kenntnis und folgt den gemachten Fördervorschlägen.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets im Unterfonds A 1 in Höhe von 250.000 Euro, im Unterfonds A 2 in Höhe von 190.000 Euro, in Unterfonds B 2 in Höhe von 60.000 und im Unterfonds C 1 in Höhe von 95.000 Euro zu. Insgesamt werden damit ESF-Mittel in Höhe von bis zu 595.000 Euro neu freigegeben.
3. Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung in Höhe von 471.723 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2017-2019 sowie der Mittelinanspruchnahme in Höhe von 123.278 € bei Haushaltsstelle 0308/686 53-1(EU-Zuschüsse 2014-2020) zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahmen durch Beschluss des HAFA einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

## **TOP 5 EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020**

### **Überseestadt - Entwicklung der Weichen Kante am Wendebucken**

#### **Zulässigkeit für eine haushaltsrechtliche Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung entsprechend dem Eckwertebeschlusses 2016/17 des Senat vom 29.9.2015**

Vorlage Nr. 19/143-L/S

**Abg. Rupp** bittet, das Vorhaben insgesamt zu erläutern.

**Herr Dr. Kühling** erklärt, mit dem Projekt werde sowohl der Hochwasserschutz den neuen Anforderungen angepasst und eine Aufwertung der Überseestadt in dem angesprochenen Bereich erreicht. Dafür seien ein Grünbereich und die Anlage eines Strandes vorgesehen. Für die Umgestaltung seien im Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ erhebliche Mittel eingeworben worden, die zur Kofinanzierung der EFRE-Mittel eingesetzt werden können. Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** führt er weiter aus, der Bereich sei öffentlich zugänglich und werde im Übrigen auch barrierefrei gestaltet. Das Projekt sei unter intensiver Beteiligung der lokalen Bevölkerung ausgearbeitet worden. Seines Erachtens werde das Ergebnis den hohen Erwartungen für diesen Standort gerecht.

**Abg. Fecker** hält das Vorhaben insgesamt für überzeugend; neben der positiven Mittelbindung sei besonders erwähnenswert, dass der Hochwasserschutz mittels einer Strandanlage statt mit bloßem Stein ansprechend gestaltet werde.

#### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung der Maßnahme Weiche Kante in einem Zug mit Gesamtkosten in Höhe von 8.717 TSD Euro zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Bereitstellung von Barmitteln im Jahr 2016 in Höhe von 110 TSD € bei der Hst. 3708/884 40-4, An das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungsmaßnahmen, zu. Diese Bereitstellung der Barmittel erfolgt zu Lasten der vorveranschlagten Haushaltsmittel bei der Hst. 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014 -2020 -investiv-.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) für die Jahre 2017 und 2018 in Höhe von 5.487 TSD € bei der Hst. 3708/88 40-4, An das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungsmaßnahmen, zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 3708/884 35-8, An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen, vorveranschlagte VE nicht herangezogen. Die Abdeckung

der VE erfolgt im Rahmen des EU-Programms bei der Hst. 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014 -2020 -investiv-. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Beschlussfassung des Senats vom 19.4.2016 zur Zulässigkeit für eine haushaltsrechtliche Verpflichtungsermächtigung entsprechend des Eckwertebeschlusses 2016/2017 des Senats vom 29.9.2015 zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

## **TOP 6 Fortführung des Projektes Förderung des Fahrradtourismus im Land Bremen hier: Kosten- und Maßnahmenplan 2016-2017**

Vorlage Nr. 19/030-L/S

**Abg. Kottisch** begrüßt die Fortführung des Projektes, das Bremen-Nord leider etwas vernachlässigt, auch wenn es in den Maßnahmen vertreten sei. Für die nächsten Weiterentwicklungen und Fortschreibungen wünsche er sich eine engere Abstimmung mit dem Bauressort; auch um einer transparenten Darstellung der Mittelverwendung für die jeweiligen Maßnahmen aus beiden Häusern gerecht zu werden.

**Abg. Kastendiek** bittet zu erläutern, wie der in der Vorlage angesprochene Erfolg ermittelt worden sei.

**Herr Dr. Kühling** erklärt, neben überwiegend weichen Faktoren könne auf die Verbreitungszahlen einer später noch einmal nachgedruckten Broschüre zum Fahrradtourismus in Bremen zurückgegriffen werden. Auch die überraschend hohe Verbreitung einer entsprechenden App deute auf ein erfolgreiches Projekt.

Für Bremen-Nord sei eine eigene Fahrradrouten aufgelegt worden, die ebenfalls gut angenommen worden sei. In Richtung des **Abg. Kottisch** erklärt er, dass in der Aufgabenteilung zwischen den Ressorts der Veranstaltungs- und Marketingbereich durch das Wirtschaftsressort organisiert würde, während die Infrastruktur dem Bauressort obliege.

**Abg. Kottisch** bittet, über die Maßnahmen beider Ressorts sowie deren Zusammenarbeit noch einmal gesondert zu berichten. **Herr Dr. Kühling** stellt den Bericht für die zweite Jahreshälfte 2016 in Aussicht.

**Dep. Dr. Redder** bemerkt, dass Downloadzugriffe auf eine App noch keinen Erfolg bedeuteten.

### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht der Ver-

waltung zur Kenntnis und stimmt der weiteren Umsetzung der Maßnahmen zur Förderung des Fahrradtourismus in den Jahren 2016 und 2017 im Land Bremen zu. Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreter der Fraktionen DIE LINKE und FDP.

**TOP 7 Weitere Umsetzung des Freizeit- und Naherholungskonzeptes Bremen Nord  
hier: Maßnahmenplan für 2016 und 2017**

Vorlage Nr. 19/049-L/S

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**TOP 8 EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:  
Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-2020  
Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung,  
Entwicklung und Innovation (FEI)  
Phase A für den Zeitraum 2016-2018**

Vorlage Nr. 19/129-L

**Herr Dr. Kühling** gibt bekannt, dass zum Nachvollzug der Senatsberatung der Vorlage auf Seite 11 der 2. Absatz gestrichen werde.

**Abg. Kastendiek** kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion an, sieht aber ein grundsätzliches Defizit in der Behandlung und Entwicklung neuer Clusterthemen.

**Abg. Kottisch** begrüßt die weiter hohe Intensität in der Innovationspolitik und verbindet dies mit einer Aufforderung an den Senat, die Innovationspolitik weiterhin in den Fokus zu nehmen.

Besonders positiv seien die Förderung von Infrastruktur- und Netzwerkbildung, die Förderung von Verbundprojekten in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen sowie der Automobilbereich als zusätzlicher Cluster zu vermerken. Dabei sollte der Blick auf Querschnittsthemen wie Digitalisierung oder Materialentwicklung nicht vernachlässigt werden.

Nach Ansicht des **Abg. Rupp** sei die vorgelegte Fortschreibung so nicht erfolgversprechend. Die fortschreitende Digitalisierung sei nicht ausreichend berücksichtigt und die Gesundheitswirtschaft völlig vernachlässigt; er stimme der Vorlage daher nicht zu.

**Abg. Frau Bergmann** schließt sich insbesondere dem letzten Punkt an; ein Schwerpunkt in der Gesundheitswirtschaft sei ihrer Ansicht nach vielversprechend, auch wenn es in

Bremen keine Medizinstudiengänge gebe.

**Abg. Kottisch** führt aus, ein Cluster in der Gesundheitswirtschaft biete sich nicht an, weil es in Bremen an einer Gesundheitsindustrie fehle und ohne Medizinstudiengänge kein Wissenstransfer möglich sei.

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem „Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-2020“ zur Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie von Forschung, Entwicklung und In-novation (FEI) gemäß der Anlage (Senatsvorlage) zu und beschließt die Umsetzung der Phase A des Maßnahmenpakets Innovationspolitik für den Zeitraum 2016-2018 mit einem Mittelvolumen von 8,97 Mio. €
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Mittelbereitstellung und der Erteilung der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen gemäß den beigefügten M-Anträgen zu:
  - i.H.v. 600.000 € werden Barmittel bei der Haushaltsstelle 0703/891 20-9 „Investitionszuschüsse für Innovationsförderung“ bereitgestellt. Diese Mittel sind im Produktplan 71 bei der Haushaltsstelle 0709/888 56-0, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –investiv-, im Jahr 2016 vorveranschlagt und werden auf die Projekthaushaltsstelle 0703/891 20-9 im Haushaltsvollzug umgesetzt.
  - i.H.v. 2.200.000 € ist bei der Haushaltsstelle 0703/891 20-9 „Investitionszuschüsse für Innovationsförderung“ die Erteilung einer über-planmäßigen VE erforderlich. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –investiv-, vorveranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung dieser zusätzlichen VE i.H.v. 1.100.000 € in 2017 und 1.100.000 € in 2018 erfolgt im Rahmen des EFRE-Programms bei der Haushaltsstelle 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –investiv-.
  - in Höhe von 4.770.000 € ist bei der Haushaltstelle 0709/682 22-9 „Technologieförderungen (WFB)“ die Erteilung einer überplanmäßigen VE erforderlich. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0709/686 56-9, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –konsumtiv-, vorveranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung i.H.v. 1.090.000 € in 2017, 1.990.000 € in 2018 und 1.690.000 € in 2019 erfolgt im Rahmen des EFRE-Programms bei der Haushaltsstelle 0709/686 56-9, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –konsumtiv-.
  - in Höhe von 1.400.000 € ist bei der Haushaltstelle 0709/682 23-7 Technologieförderungen (BIS) die Erteilung einer überplanmäßigen VE erforderlich. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0709/686 56-9, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –konsumtiv-, vorveranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genom-

men. Die Abdeckung i.H.v. 500.000 € in 2017, 500.000 € in 2018 und 400.000 € in 2019 erfolgt im Rahmen des EFRE-Programms bei der Haushaltsstelle 0709/686 56-9, EU-Programme EFRE 2014 – 2020 –konsumtiv-.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nach Abschluss der Phase A des Maßnahmenpakets einen Bericht über die durchgeführten Aktivitäten vorzulegen.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmer des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

## **TOP 9 EFRE-Programm 2014 - 2020:**

### **Technische Hilfe**

Vorlage Nr. 19/149-L/S

**Abg. Kastendiek** weist auf zuvor verteilte Austauschseiten zur Vorlage aufgrund der gestrigen Senatsberatung hin.

**Dep. Dr. Redder** verweist auf Projektadministrationskosten in der freien Wirtschaft in Höhe von 10-20% und fragt, ob das Volumen der technischen Hilfe von 8 Mio. € dem Programmvolumen entsprechend ausreichend sei. **Herr Wiebe** erklärt, der Aufwand der EFRE-Administration sei durchaus größer als andere Programme; allerdings habe die Kommission die technische Hilfe auf 4% der EFRE-Landesprogramme gedeckelt, sodass Bremen nicht mehr als 8 Mio. € aus dem Programmvolumen von 100 Mio. € zuzüglich entsprechender Kofinanzierung für die technische Hilfe verwenden dürfe.

Vor dem Hintergrund der vergangenen Abrechnungsprobleme im EFRE-Programm fragt **Abg. Rupp**, ob die Mittel der technischen Hilfe überhaupt ausreichend seien. **Herr Wiebe** antwortet, dass diese Planung aufgehen könnte, etwaige Probleme aber aufgrund der erwähnten Deckelung aus Landesmitteln kompensiert werden müssten.

### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die beigefügte Senatsvorlage zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verwendung der Mittel der Technischen Hilfe in Höhe von 8.241.708 Euro für die Jahre 2016 bis 2021 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung in Höhe von 6.780.801€ zu Lasten der Haushaltsjahre 2017-2021 sowie der Mittelinanspruchnahme im Jahr 2016 in Höhe 1.460.907 € bei der Haushaltsstelle 0709/531 10-7 „Kosten für Wirtschaftsförderung, Projektplanung u. ä.“ zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirt-

schaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung der beschriebenen Mittelverwendung weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

## **TOP 10 Zentrale Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben - Tätigkeitsbericht 2016**

Vorlage Nr. 19/150-L

**Abg. Fecker** zeigt sich vom geschilderten Zwischenstand enttäuscht und bittet, eine zeitliche Perspektive aufzuzeigen, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Personalausstattung.

**Abg. Kottisch** schließt sich Abg. Fecker an und mahnt, dass die Verwaltung die Ziele nicht aus den Augen verlieren dürfe. Kritisch sehe er die Konzentration auf den Hochbau

**Abg. Kastendiek** erinnert an die Bürgerschaftsdebatte ca. im April 2015. Er sieht in der Vorlage und dem Zwischenstand einen inakzeptablen Umgang der Verwaltung mit dem Bürgerschaftsbeschluss. Mit diesem werde das Ziel verfolgt, Vergabeprozesse zu zentralisieren, zu optimieren und effektiver zu gestalten. Detailfragen wie Baugrundrisiken spielten somit keine Rolle. Er mutmaßt, ob es verwaltungsseitig zum Aufbau einer Parallelverwaltung komme.

**Senator Günthner** unterstreicht, auch aus seiner Sicht sei das Zwischenergebnis unbefriedigend; es sei in der bisherigen Zeit nicht gelungen, die widerstreitenden Interessenlagen der Ressorts aufzulösen und

**Herr Slopinski** führt weiter aus, dass der Umgang mit Baugrundrisiken bei der Vergabe insofern ein Thema sei, als dass die potenziellen Bieter diese regelmäßig in den Vergaben zur Diskussion stellten. Daher müssten sie auch innerhalb der Prozessoptimierung entsprechend behandelt werden.

Einige Aspekte seien bereits in die Abstimmung mit den Verbänden, Kammern und den Vergabestellen gegeben worden; der Rücklauf sei noch nicht abzuschätzen.

Er gibt weiter zu bedenken, dass die Zentrale Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben (zSKS) neun Monate ohne angemessene Personalausstattung quasi nebenamtlich betreut worden sei; zudem würden die Themen „Tariftreue“ und „Kostenkontrolle“ zusätzliche Kapazitätenbinden.

Eine generelle Beschränkung auf den Hochbaubereich verneint er; allerdings differierten Hoch- und Tiefbau sehr, sodass zum Start eine Konzentration auf den Hochbau beschlossen worden sei und der Tiefbau nachgeholt werde. Die elektronische Vergabe werde ebenfalls in enger Abstimmung mit Immobilien Bremen vorbereitet.

Langfristig sei das Ziel, ein neues, die bisherigen Werke ergänzendes praxisbezogenes

Vergabehandbuch mit vielen Beispielen zu entwickeln, dass eine optimale Anwendung der vorhandenen Bausteine auf offene Fragen im Vergabeverfahren ermöglichen solle.

**Abg. Fecker** hat erwartet, eine Verständigung zwischen den Behörden vorgestellt zu bekommen; stattdessen sei der Eindruck entstanden, dass das Thema noch breit aufzuarbeiten sei. Besonders bedauernswert sei es, dass die erwünschte kurzfristige Entlastung für die Betriebe nicht erreicht worden sei. Er äußert die Erwartung an Senator Günthner, dass die zSKS und ihre Aufgaben zukünftig mit höchster Priorität fortentwickelt würden.

**Abg. Rupp** gibt zu bedenken, dass bei ähnlichen Vorhaben zukünftig womöglich die personellen Ressourcen und Potenziale bedacht werden müssten. Vielleicht sei es denkbar, zeitnah eine greifbare Projektstruktur vorzustellen.

**Abg. Kastendiek** schließt sich der Bitte des Abg. Rupp an; auch die CDU-Fraktion wünsche zeitnah einen Zeit- und Maßnahmenkatalog. Insgesamt sei der Sachstand unbefriedigend. Positiv werte er das fraktionsübergreifende Interesse an der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschluss.

**Abg. Kottisch** erinnert, dass die Verordnung umzusetzen sei und somit zusätzlicher Druck keime.

**Abg. Kastendiek** erwartet, dass der Deputation nach der Sommerpause eine arbeitsfähige Struktur vorgestellt werde.

#### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Tätigkeitsbericht der zentrale Service- und Koordinierungsstelle zur Kenntnis.

### **TOP 11 Gründungsstrategie für das Land Bremen**

#### **hier: Bericht zu der Bestandsfestigkeit neu gegründeter Unternehmen im Land Bremen**

Vorlage Nr. 19/159-L

**Abg. Rupp** ist erstaunt, dass der Verlauf der vom BEGIN-Netzwerk unterstützten Existenzgründungen zahlenmäßig nicht bekannt sei; auch die nachgelagerte Frage, ob ein solches Netzwerk stabilere und nachhaltigere Existenzgründungen befördere, könne nicht beantwortet werden. Seines Erachtens sollte der entsprechende Untersuchungsaufwand relativ gering sein.

**Abg. Frau Bergmann** schließt sich dem an und fragt, ob entsprechende Statistiken nachgereicht werden könnten.

**Herr Dr. Kühling** erklärt, dass das BEGIN-Netzwerk ein breites Aufgabenspektrum ab-

decke. So erfolgten die Beratungen innerhalb des BRUT-Programms sehr intensiv und ließen sich bis auf einzelne Arbeitsplätze nachverfolgen. Die Gründungsleitstelle BEGIN verfolge aber alle Kontakte; aus dieser Rückverfolgung habe sich bei 1192 versandten Fragebögen eine Rücklaufquote von rund 12% (=147) ergeben. 60% der Rückläufer hätten ein positives Fazit der Beratungsleistungen gezogen. Aus den 147 Rückläufern seien später 71 Unternehmensgründungen bzw. 27 geplante oder verschobene Gründungen – etwa nach 2015 - entwachsen.

Aufgrund der niedrigen Rücklaufquote und weil angenommen werden kann, dass sich erfolgreiche Gründer eher meldeten als weniger erfolgreiche, sei von einer hohen Unsicherheit in der statistischen Relevanz auszugehen.

Er bemerkt weiter, dass an anderen Standorten die Untersuchungen des Existenzgründungsgeschehens auf einer ähnlichen Basis stehe; trotzdem seien die Akteure vielfältig bemüht – etwa mittels einer App-basierten Lösung – die Datengrundlage zu verbreitern.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 12 Ausbau der Rastanlagen an den Bundesautobahnen im Land Bremen - Ergebnis der Machbarkeitsstudie**

Vorlage Nr. 19/136-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**TOP 13 Standortentscheidung von Ambau für Cuxhaven**

Vorlage Nr. 19/156-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Standortentscheidung der Firma Ambau zugunsten von Cuxhaven zur Kenntnis.

**TOP 14 Sachstandsbericht Hafenprojekt Finna fjord**

Vorlage Nr. 19/162-L/S

**Abg. Frau Grobien** bittet, die Vorlage auch an den Hafenausschuss zu leiten.

**Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Bericht zum

Finnafjord-Projekt zur Kenntnis.

## TOP 15 Aktuelles

### Umstrukturierung der WFB

Mündlicher Bericht

**Abg. Kastendiek** leitet die Berichterstattung mit der Frage ein, ob es über die letzte Berichterstattung durch Dr. Sondergeld hinaus weitere Erkenntnisse gebe.

**Senator Günthner** erläutert, die bisherigen Ergebnisse liefen darauf hinaus, dass die operativen Zuständigkeiten für Innovations- und Industriepolitik ins Ressort geholt werden sollten, um in diesen Feldern weitere Synergiepotenziale zu haben. Es habe sich gezeigt, dass die Trennung in einerseits Strategie- und Programmentwicklung und andererseits operativer Abwicklung zwischen Ressort und WFB für die Innovations- und Industrieentwicklung nicht geeignet sei. Als Nebeneffekt gebe es Entlastungseffekte bei der WFB. Der Messe- und Arena-Bereich solle ebenfalls aus der WFB herausgelöst werden, sodass im Ergebnis eine „Kern-WFB“ mit den originären Aufgaben der Flächenentwicklung und -vermarktung, der Unternehmensbetreuung sowie dem Standortmarketing stehe. Weitere Felder seien aktuell in der Bearbeitung. Ziel sei es, den Zuschussbedarf der WFB auf einem stabil niedrigen Niveau zu halten.

**Abg. Kastendiek** appelliert, diese Umstrukturierung nur unter sachlichen Aspekten zu planen und vorzunehmen, denn schließlich habe sich die letzte Umstrukturierung aus den Jahren 2007-09 als nicht tragfähig erwiesen.

**Abg. Rupp** fragt wie der weitere Zeitplan aussehe und wann die Deputation mit einer Beteiligung rechnen könne.

**Senator Günthner** führt aus, es seien noch einige Fragestellungen offen. Er warnt davor, aus der bevorstehenden Umstrukturierung die Beseitigung des strukturellen Defizits allein durch Synergieeffekte zu erwarten. Vor diesem Hintergrund halte er die letzte Neuaufstellung inhaltlich nach wie vor für richtig, doch sei sie von überzogenen Erwartungen belastet gewesen.

Ziel sei es, die Prozesse zwischen Ressort und WFB und den entsprechenden Einheiten zu optimieren sowie das Knowhow im Ressort zu stärken; Messe und Arena sollen aus ihrem aktuellen Schattendasein gelöst werden.

Sofern die weiteren und auch die finanziellen Fragen geklärt sind, solle die Deputation begrüßt werden; nach aktuellem Stand werde dies noch dieses Jahr geschehen.

## TOP 16 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Kastendiek** schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
– öffentlicher Teil.

---

Kastendiek  
- Vorsitzender -

---

Für die Protokollführung  
Sengstake

---

Für TOP 2-4  
Stellmacher

## EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 25.05.2016

### Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse	verfügbar <sup>1)</sup>	beschlossen <sup>2)</sup>	verausgabt <sup>3)</sup>
Achse 1 - Innovation	48.140.858	19.745.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	2.003.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	478.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	4.778.500	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	31.126.258	0

<sup>1)</sup> Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

<sup>2)</sup> In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

<sup>3)</sup> Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

### Vorhabenliste

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
7	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmaking und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0

## Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 11.05.2016)

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Potenzielle bilanzielle Auswirkungen der Ausschreibung von Bodenverkehrsdiensten auf die Flughafen GmbH	01.07.2015	Abg. Rupp	Sommer 2016
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	<b>zuletzt</b> 10.02.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
10.	Kostenstruktur WFB - im Geschäftsjahr 2015	schriftlich 02.12.2015	Abg. Rupp	nach Jahresabschluss
13.	Arbeitsmarktförderung von Alleinerziehenden - Zielerreichung der Beratungsstrukturen, Abbruchgründe - Analyse und Konzept	10.02.2016	Abg. Frau Böschen Abg. Rupp	6 Monate nach Beratung in der Brem. Bürgerschaft im April 2016
14.	Spicarium - mögliche Nachnutzung	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
16.	Gewerbeflächenverkäufe	02.03.2016	Abg. Kottisch	
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
18.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Zeit- und Maßnahmenplan	11.05.2016	Abg. Kastendiek Abg. Fecker/Kottisch	Angefordert nach Sommerpause (10.08.?)
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	



Bremen, den 23.5.2016

## Bremer Berufsqualifizierung – Kurzbericht zum Stand der Übergänge in duale Ausbildung

Die Bremer Berufsqualifizierung haben im Schuljahr 2015/16 insgesamt 81 Teilnehmer/innen (TN) begonnen.

Während des laufenden Schuljahres sind 9 TN in eine duale Ausbildung und 2 TN in eine vollschulische Ausbildung gewechselt. Diese positiven Abbrüche machen somit 13,5 % aus.

Die Anzahl der Ausbildungsabbrüche liegt bei 19 TN, das entspricht 23,4 %.

Die verbliebenen 51 TN (Stand 1. April 2016) verteilen sich auf Bremen mit 44 TN und auf Bremerhaven mit 7 TN.

Ausgehend von den verbliebenen 44 TN der BQ in Bremen haben

- 23 TN (= 52 %) einen Ausbildungsvertrag für das erste oder zweite Ausbildungsjahr abgeschlossen,
- 10 TN (= 23 %) noch keinen Ausbildungsvertrag und
- 11 TN (= 25%) möchten die Ausbildung nicht fortsetzen.

Zur Fortsetzung der Ausbildung werden zurzeit zehn trägergestützte Ausbildungsplätze benötigt und zwar

- 2 Plätze für Anlagenmechaniker/in Sanitär-, Heizung- und Klimatechnik,
- 1 Platz für Industriemechaniker/in/Feinmechaniker/in und
- 7 Plätze für Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement.

Die Schulen bemühen sich weiterhin um Ausbildungsverträge für diese unversorgten TN, sodass nur im ungünstigsten Fall 10 trägergestützte Ausbildungsplätze zum 1. August 2016 in Bremen benötigt werden.